



Elisabeth Raiser, Vorsitzende Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Historische Verantwortung für den Völkermord

Die Forderung nach einem Bleiberecht für Roma in Deutschland begründet sich für Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in der historischen Verantwortung für den Völkermord an Roma und Sinti im Nationalsozialismus. Noch immer wissen wir viel zu wenig von dem Leid und der Vernichtung ganzer Roma-Familien und Dörfer während der deutschen Besatzungszeit – gerade im ehemaligen Jugoslawien. Bis heute hat nur ein Bruchteil der wenigen Überlebenden so genannte Wiedergutmachungsleistungen erhalten. Ein humanitäres Bleiberecht für langjährig geduldete Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien in Deutschland ist daher aus historischen und humanitären Gründen geboten. Grundsätzlich sollte in Deutschland Flüchtlingen nach fünf Jahren Duldung das Daueraufenthaltsrecht zugesprochen werden, so wie es in zahlreichen anderen Staaten bereits geschieht.



Hans Koschnick, SPD, ehemaliger EU-Administrator für Mostar und Bosnien-Beauftragter der Bundesregierung

In der Mitte unserer Gesellschaft

Als ehemaliger EU-Administrator für Mostar konnte ich mich vor Ort über die katastrophale Situation von Roma im ehemaligen Jugoslawien informieren. Aus humanitären Gründen halte ich ein Bleiberecht für langjährig geduldete Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien in Deutschland für absolut notwendig. Viele von ihnen haben sich hier ein neues Leben aufgebaut, ihre Kinder gehen hier zur Schule, machen Ausbildungen und sind hervorragend integriert. Sie verdienen eine Chance auf ein menschenwürdiges Leben – in der Mitte unserer Gesellschaft.



Anetta Kahane, Vorsitzende Amadeu Antonio Stiftung

Roma sind Europa

Dass die Mauer in Berlin aufging, war ein Glück, von dem die Deutschen dachten, es betreffe nur sie selbst. Doch da waren die Migranten,

denen das deutsche Schicksal mit einem Mal näher kam, als ihnen lieb war. Und dann kamen die Roma – aus Rumänien und Jugoslawien Sie sind Europa und wurden überall brutal verfolgt. Gleich nach der Maueröffnung landeten sie am Bahnhof Lichtenberg, wo Skinheads und Polizisten sie mit Stöcken erwarteten. Damit sie bleiben konnten, haben wir dabei geholfen, dass sie sich selbst organisieren, Schulen besuchen, erfolgreich arbeiten können. Die nun so „Integrierten“ abzuschleppen ins Ungewisse ist moralisch, politisch, wirtschaftlich und nicht zuletzt menschlich ein Desaster. Die Roma abzuschleppen heißt: Europa abzuschleppen und mit ihm seinen Reichtum und seine Geschichte.

Sehr geehrter Herr Bundesinnenminister de Maizière, wir bitten Sie, bei der bevorstehenden Innenministerkonferenz gemeinsam mit den Länderinnenministern einen sofortigen Stopp aller geplanten Abschiebungen von langjährig geduldeten Roma in die Republik Kosovo zu beschließen.



Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbunds

Innenminister müssen Bleiberechtsregelung schaffen

Die Gewerkschaften lehnen die geplanten Abschiebungen von Familien und Kindern in den Kosovo ab. Wir fordern die Innenminister der Länder auf, endlich eine Bleiberechtsregelung zu schaffen, die diesen Namen verdient. Auch nach dem Kosovokrieg wurden Roma und andere Minderheiten in ihrer alten Heimat weiter verfolgt und hunderte aus ihren Häusern und Wohnorten vertrieben. Die vielen tausend Flüchtlinge, die aus Deutschland in ihre Heimat zurückgekehrt sind, berichten von Diskriminierung und ethnisch motivierten Übergriffen. Mitnichten kann also von einer sicheren Rückkehr die Rede sein. Bevor weitere Flüchtlinge zurückkehren können, muss alles dafür getan werden, dem Kosovo und den dort lebenden Minderheiten eine Perspektive zu geben und sie vor Gewalt und Ausgrenzung zu schützen



Ralf Fücks, Vorstand Heinrich-Böll-Stiftung

Die Öffentlichkeit aufrütteln

Die Absicht, 10.000 Roma in den Kosovo abzuschleppen, ist aus politischen und humanitären Gründen nicht hinnehmbar. Jeder weiß, dass die Lage dort nach wie vor politisch instabil und ökonomisch desolat ist. Es geht um Kinder und Jugendliche, die in ein Land abgeschoben werden sollen, das niemals ein Zuhause für sie gewesen ist. Es geht um Familien, die ihren Kindern hier in Deutschland durch eine qualifizierte Schul- und Berufsausbildung eine bessere Zukunft bieten möchten. Doch was möchte Deutschland ihnen nun bieten? Die Abschiebung in eine Zukunft voller Diskriminierung, Arbeitslosigkeit und Armut? Die Wahrung von Menschenrechten und Gleichberechtigung von Minderheiten sind zentrale Anliegen der Heinrich-Böll-Stiftung. Deshalb unterstützen wir die Kampagne, um die Öffentlichkeit gegen die Abschiebung der Roma aufzurütteln.



Monika Lüke, Generalsekretärin Amnesty International Deutschland

Deutschland muss die Abschiebungen von Kosovo-Roma stoppen!

Roma, Aschkali und Ägypter sind die am stärksten benachteiligten und marginalisierten Minderheiten im Kosovo. Werden sie aus Deutschland abgeschoben, droht ihnen systematische Diskriminierung und Verfolgung – sie stehen buchstäblich vor dem Nichts. Roma wissen nach ihrer Rückkehr nicht, wo sie wohnen sollen – ihnen bleibt oft nur der Unterschlupf bei Bekannten, die Straße oder Übergangslager im bleiersonnen Norden von Mitrovica/ë. Roma wird häufig die Grundlage entzogen, ihren Lebensunterhalt zu sichern. Um Zugang zum Gesundheitswesen, zum Arbeitsmarkt und Bildungseinrichtungen zu bekommen, müssen sie überdies bei den kosovarischen Behörden registriert sein. Da viele Roma, die im Ausland leben, über erforderliche Dokumente nicht verfügen, droht ihnen bei einer Abschiebung de facto die Staatenlosigkeit. Eine Rückkehr in Sicherheit und Würde ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich. Deshalb müssen sie international geschützt werden. Amnesty International fordert die Innenministerkonferenz auf, die Abschiebungen sofort auszusetzen.



Kenan Emini, Vorsitzender, Projekt Roma Center Göttingen e.V.

Wir sind selbst aktiv

Das Projekt Roma Center Göttingen e.V. ist ein Verein, in dem viele junge Roma engagiert sind, unter ihnen auch geduldete. Viele von

ihnen wollen nicht einfach hinnehmen, dass man sie in ein für sie völlig fremdes Land abschiebt, in dem sie diskriminiert werden. Um sie zu unterstützen, zu einem gesicherten Aufenthaltsstatus zu finden und ihren Widerstand gegen die Folgen der Politik der Innenminister zu organisieren, haben wir Ende 2009 die Kampagne „alle bleiben!“ ins Leben gerufen.

Wir wollen uns miteinander vernetzen, die Öffentlichkeit informieren und mobilisieren. Aber um erfolgreich zu sein, muss insbesondere aus den Reihen der Roma selbst ein Aufschrei hervorgehen! Wir wollen selber aktiv werden, um gegen Diskriminierung vorzugehen, die Unterstützung unserer Freunde und Nachbarn gewinnen. Allerdings nimmt die Diskriminierung von Roma nicht nur in Deutschland, sondern in vielen europäischen Ländern zu. Daher arbeiten wir auch mit Roma-Organisationen in anderen Ländern zusammen, um so langfristig auch die Lage der Roma europaweit zu verbessern.



Florian Weis, Geschäftsführer Rosa-Luxemburg-Stiftung

Deutschland schuldet Roma ein bedingungsloses Bleiberecht

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung kooperiert mit europäischen Roma-Netzwerken und engagierten ParlamentarierInnen, um mit bildungspolitischen Aktivitäten gegen die Missachtung von Menschen- und Bürgerrechten der Roma wirksam zu werden. Unter Mitwirkung der Bremer Rosa-Luxemburg-Initiative entstand die Publikation „Antiziganistische Zustände“. Roma leben in mitteleuropäischen Ländern unter elenden sozialökonomischen Bedingungen und von den Mehrheitsbevölkerungen mit Hass verfolgt. Trotzdem werden Mahnungen der europäischen Menschenrechtsagentur ignoriert und Strukturfonds nicht für Projekte zugunsten von Roma eingesetzt. Im Kosovo wurden Roma noch 1999 unter den Augen der NATO-Soldaten ermordet, misshandelt und vertrieben. Sie dahin abzuschleppen heißt, sie weiteren Menschenrechtsverletzungen auszusetzen. Gerade Deutschland schuldet ihnen ein bedingungsloses Bleiberecht.



Miriam Edding, Vorstand Stiftung:do

Ein stabiles und sicheres Leben

Die Stiftung:do fördert Projekte, die Rechte von MigrantInnen stärken. Dieses Engagement ist auch durch die Geschichte des Nationalsozialismus begründet, in der die Möglichkeit zur Flucht, zu politischem Asyl sowie ein solidarischer Umgang mit Verfolgten für Millionen Menschen eine Frage von Leben oder Tod bedeutete. Daher unterstützen wir nachdrücklich die Kampagne „Alle bleiben – Keine Abschiebung von Roma aus Deutschland“.

Die Abschiebe-Politik der Bundesregierung verhindert eine Perspektive von Tausenden von Menschen, die ohne das Recht, dauerhaft in Deutschland zu bleiben, kein stabiles und sicheres Leben aufbauen können. Die unsägliche, von Thilo Sarrazin angeführte „Integrations“-Debatte zeigt einmal mehr, wie weit Deutschland noch von einem realistischen und solidarischen Umgang mit Migration in einer globalisierten Welt entfernt ist.



Bernd Mesovic, Geschäftsführer Pro Asyl

Abschiebungen stoppen!

Im April 2010 wurde das Rückübernahmeabkommen zwischen Deutschland und dem Kosovo unterzeichnet. Minderheiten wie Roma und Aschkali droht die Abschiebung ins Elend. Bis zu 2.500 Menschen pro Jahr sollen nach dem Willen der Innenminister zurückgeschickt werden. Aus zahlreichen Recherchen ist bekannt, was die Abgeschobenen im Kosovo erwartet: buchstäblich ein Leben am Rande der Müllkippe. Diskriminierung und Ablehnung schlägt ihnen entgegen. Der Zugang zu Arbeit, Bildung, sozialen Einrichtungen und gesundheitlicher Versorgung bleibt ihnen weitgehend versperrt. Ihre zumeist in Deutschland geborenen Kinder können sich kaum verständigen. Pro Asyl fordert deshalb einen sofortigen Abschiebestopp. Roma und andere Minderheiten brauchen eine sichere Lebensperspektive in Deutschland.

Impressum:



Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
Heike Kleffner (v.i.S.d.P.)
Auguststraße 80, 10117 Berlin
Fon: 030-28395184
www.asf-ev.de

Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft Berlin, BLZ 100 205 00, Kto-Nr.: 31137-00

Gestaltet und unterstützt von: FLMH, www.flmh.de

Titelfoto: Christian Ditsch, Version | S. 2 oben: Lutfi Shala, Peja (Kosovo/2010) | S. 2 unten: Elvira Gashi, Peja (Kosovo/2010) | S. 3 Mitte: Eldar Ahmetovic, Berlin (Deutschland/2010) | S. 3 unten: Duldung, Berlin (Deutschland/2010) | Die Fotos der S. 2 und 3 sind im Rahmen des Fotoprojekts „Duldung Deluxe“ über geduldete und aus Deutschland abgeschobene Roma-Jugendliche und junge Erwachsene des Fotografen Nihad Nino Pusija entstanden. Das Projekt wurde durch die Allianz Kulturstiftung unterstützt und ist ab November 2010 in Berlin zu sehen. | S. 4: Foto Monika Lüke: J Zimmermann, amnesty international | Foto Hans Koschnick: Heinz-Josef Lücking

Gefördert durch:



An: Dr. Thomas de Maizière, Bundesminister des Innern, Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

Sehr geehrter Herr Bundesinnenminister de Maizière,

wie Sie aufgrund von Berichten internationaler und nationaler Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen sicherlich wissen, ist eine Abschiebung von langjährig in Deutschland geduldeten Roma in die Republik Kosovo nicht zu verantworten. Ich/Wir bitten Sie daher, bei der bevorstehenden Innenministerkonferenz gemeinsam mit den Länderinnenministern einen sofortigen Stopp aller geplanten Abschiebungen von langjährig geduldeten Roma in die Republik Kosovo zu beschließen.

(Datum) (Name) (Adresse) (Unterschrift)

Bitte informieren Sie mich weiterhin über Aktivitäten von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

Meine E-Mail Adresse: _____

Bitte senden Sie diesen Abschnitt unterschrieben an: ASF e.V., Auguststraße 80, 10117 Berlin, auch per Fax: 030-28395135 oder per Mail: asf@asf-ev.de. Wir werden die gesammelten Unterschriften vor der Innenministerkonferenz an den Bundesinnenminister übergeben. Sie können auch Online unterschreiben: www.asf-ev.de